Bezug nehmend auf diesen Punkt des Parteiprogramms (URL: https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSeWxRfsrvFXygPnX3Ws3KYZXvrRouLGDTxNdGObPxQm0DTSwQ/viewanalytics):

_[39]_
a) Reduzierung der Verschwendung von Steuergeldern durch sinnvollere und effizientere Verwaltungsstrukturen

möchte ich hier unter dem Titel "Entwicklung, Erprobung und Einführung von Konzepten für flache Verwaltungshierarchien und dezentrale Administrationsnetzwerke" einen Antragsentwurf zur Diskussion stellen und bei Zustimmung zu den Anträgen ins FFForum einstellen.

Antragstyp: Programmänderung/Programmergänzung/Grundsatz/Leitlinie

Antragstitel: Flache Verwaltungshierarchien und dezentrale Administrationsnetzwerke – Entwicklung von Lösungen für eine effizientere öffentliche Hand

Antragsteller: Stephan Kammel, ?, ?

Antragstext: Es wird beantragt, im Parteiprogramm folgenden Punkt hinzuzufügen:

_[39]_
_b. (falls akt. kein b, alternativ c, falls kein c usw.)) Entwicklung, Erprobung und Einführung von Konzepten für flache Verwaltungshierarchien und dezentrale Administrationsnetzwerke

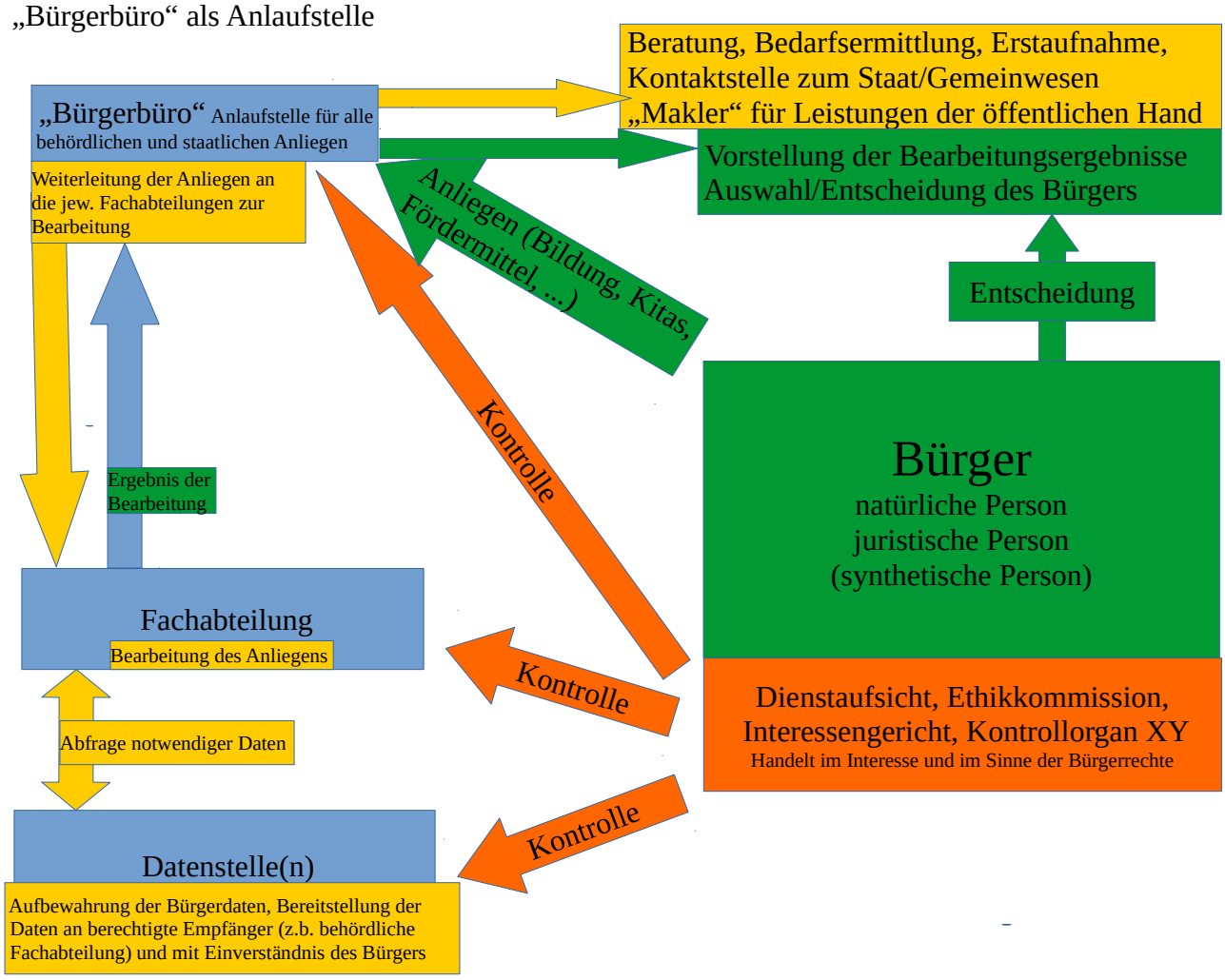
Es geht um die Neuentwicklung/Neukonzetption von administrativen Funktionen und Prozessen zur Effektivitätssteigerungen von Verwaltung und zur Komplexitätsreduktion öffentlicher Prozesse und Kommunikationswege.

Die Diskussion soll sich um zwei Aspekte drehen, die zwar miteinander in Verbindung stehen, letztlich aber verschiedene, unabhängig voneinander zu betrachtende Facetten von Verwaltung darstellen.

Die **erste Facette** ist mit der Phrase „**Flache Verwaltung**“ bezeichnet, diese Bezeichnung können wir gerne ändern, da sie denke ich noch nicht optimal sind und hier vorerst nur als Arbeitstitel fungieren sollen.
Die Frage, die diesen Aspekt am besten beschreibt, ist:
„Wie kann Verwaltung als verlängerter Arm des Staates bzw. des Gemeinwesens besser den einzelnen Bürger in seinem Leben unterstützen?“
Wir erinnern uns alle daran, dass der Staat auch eine Schutzfunktion gegenüber seinen Bürgern hat und dieser Schutz gehört meiner Meinung nach auch auf die Informations- und Komplexitätsflut, auch auf die massive Reiz- und Informationsüberflutung angewandt, denen sich das Individuum in der digitalen Revolution ausgesetzt sieht. Sinnvolle Reduktionen von Komplexität können das Leben und die Lebensqualität der Menschen spürbar verbessern. Ich stelle in Gesprächen immer wieder fest, dass viele Menschen klare, einfach zu verstehende Erklärungen bevorzugen, v.a. bei Aspekten des Lebens, de sie hinnehmen müssen. Die komplexen Hintergründe überfordern viele, sei es aus Unvermögen oder schlicht aus Zeitmangel aufgrund der vielen anderen Anforderungen, die eine immer komplexere, eine immer schnellere Welt mit sich bringt. Verwaltung passt sich dieser Entwicklung an, um von Technologien zu profitieren, aber die Bürokratie wird in ihrer Gesamtheit weder weniger, noch leichter nachvollziehbar. Das muss sich ändern!
Mein erster Vorschlag dazu orientiert sich an dem Outsourcingmodell, dass viele Unternehmen nutzen, um Kosten zu senken. Einer der Nebeneffekte davon ist, dass die Dienstleister, die die

Unternehmensfunktion übernehmen, dies meist für andere Unternehmen ebenfalls machen und sich dahingehend Kompetenzen aufbauen, die am Ende denen der ursprünglichen Auftraggeber überlegen sind. Gemeint sind hier nur Arbeitsprozesse, nicht die Bezahlmodelle, die meist damit einhergehen. Verwaltung sollte ihren Bürgerkontakt outsourcen an eine neue Abteilung.

„Bürgerbüro“ als Anlaufstelle

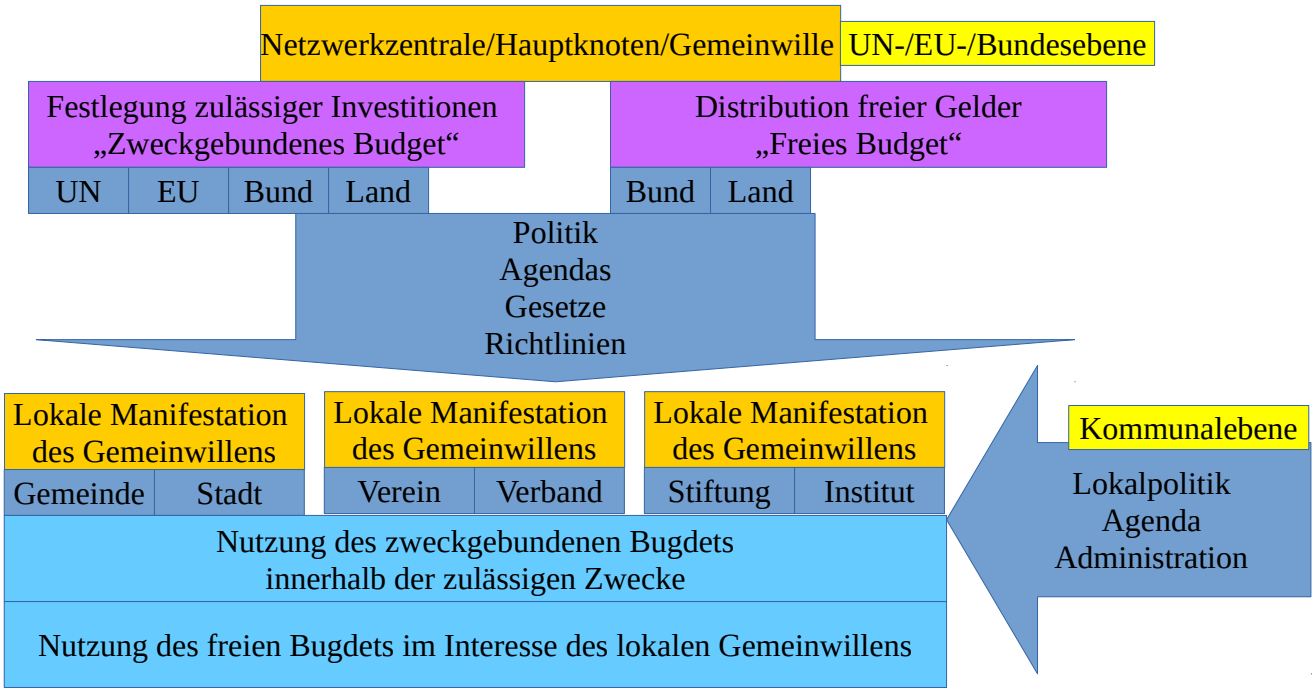


Hoffentlich wird ersichtlich, um was es mir hier geht. Der Bürger soll von der Komplexität der Verwaltung entlastet werden, in dem sich Verwaltung um Verwaltungsangelegenheiten intern kümmert und den Bürgerkontakt über ein „Systeminterface“ der Systemgrenze Bürger|Staat als Dienstleistung realisiert. Für den Bürger soll am Ende nur noch die Aufgabe bleiben, sein Anliegen vorzubringen, sich beraten zu lassen, welche Dienstleistungen des Staates für ihn in Frage kommen und welche Optionen/Ansprüche bestehen könnten, einen entsprechenden Prüfungsauftrag zu stellen und am Ende der Bearbeitungszeit das Ergebnis in Empfang zu nehmen. Ein derartiges Verwaltungsschema ließe sich auch jenseits des „Bürgerbüros“ ohne weiteres automatisieren.

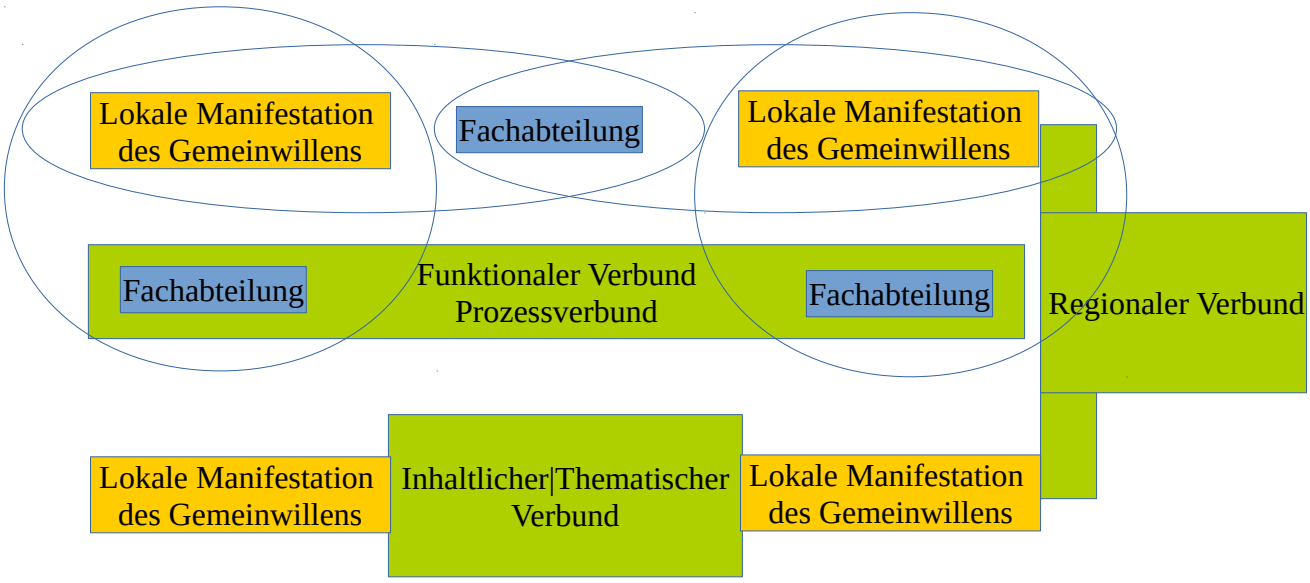
Die **zweite Facette** ist mit der Phrase „**dezentrale Administration**“ bezeichnet, diese Bezeichnung können wir gerne ändern, da sie denke ich noch nicht optimal sind und hier vorerst nur als Arbeitstitel fungieren sollen.
Die Frage, die diesen Aspekt am besten beschreibt, ist:
„Wie kann Verwaltung als verlängerter Arm der Politik bzw. des Gemeinwillens besser die lokalen Wirklichkeiten seiner Bürger berücksichtigen?“
Administration findet in Deutschland aktuell auf mindestens 3 Ebenen ab. Diese sind die Bundesebene, die Landesebene und die Kommunalebene. Entscheidungen und Kommunikationen

finden meist in den höheren Ebenen statt und werden nach unten an die niederen Ebenen durchgegeben. Nicht nur sind diese Kommunikationswege zeit-, personal- und kostenintensiv, sie sind meist für den Bürger auch nicht nachvollziehbar, was meiner Meinung nach einer der Hauptgründe für die Politikverdrossenheit und die gestiegene Popularität populistischer Aussagen verantwortlich ist. Der Bürger versteht nicht mehr, was warum passiert und ich bin der Überzeugung, dass dies auf Angestellte in der Verwaltung selbst nicht minder zutrifft.
Zudem besteht das generelle Problem, dass immer auftritt, wenn eine Makroebene Vorgaben für eine Mikroebene erlässt. Lokal wichtige Details werden meist nur unzureichend berücksichtigt. Lokale Diversität sollte jedoch von einer intelligenten Politik respektiert werden. Um dies zu erreichen, möchte ich die gleichen Entwicklungsschritte, die sich aktuell im Energiesektor vollziehen, nämlich die Fokussierung auf dezentrale Energieproduktion in einer Netzwerkstruktur, in die Administration Einzug halten lassen.

Netzwerkmodell



Lokale Gestaltungsmöglichkeiten



Lokale Zellen erhalten eine stärkere Autonomie, die Ressourcendistribution und die grobe Zielrichtung kommt von den höheren Ebenen, die konkrete Ausgestaltung vor Ort liegt komplett in lokaler Hand, sofern die Investition lokal begrenzt bleibt. Überregionale Infrastrukturprojekte werden von der nächsthöheren Ebene, die den Projektbereich oder den Großteil davon umschließt, gehandhabt.
Lokale Zellen erhalten die Freiheit, sich untereinander für eine bessere Koordination in losen Verbünden zu arrangieren, diese können räumlich, thematisch oder funktional definiert sein.

Antragsbegründung:

Unsere Welt wird immer schneller immer komplexer. Der einzelne Mensch wird mit Informationen und Reizen überflutet und ist damit überfordert. Dieses Phänomen betrifft an der Schnittstelle zwischen dem Gemeinwesen (Staat) und seinen Teilen (Bürger, juristische Personen) beide Seiten. Um eine komplexe Gemeinschaft besser verwalten zu können und um die eigenen Anliegen innerhalb einer komplexen Gesellschaft besser vortragen zu können, ist eine Reduktion der Komplexität durch eine bessere Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Schnittstellen notwendig.
Die transhumane Partei sollte es sich zu einem Anliegen machen, derartige Schnittstellen mit den Mitteln der Wissenschaft zu optimieren, ohne dabei den Geist und die Ursprungsintention der jeweils vorherrschenden gemeinschaftlichen Organisationsformen zu verkennen.
Eine „flache Verwaltung“, die sich als Dienstleistung am Bürger begreift, die diesem die optimalen, der persönlichen Situation und Gesetzeslage Rechnung entsprechenden Schritte anbietet und auch für diesen vollzieht, wäre geeignet, die Behörden von falsch oder fehlerhaft ausgefüllten Formularen zu entlasten, während sie gleichzeitig sicherstellen könnte, dass der Bürger seine Rechte wahrnehmen kann.
Eine „dezentrale Administration“ mit umfangreichen Entscheidungskompetenzen auf kommunaler Ebene kann den eigenen lokalen Raum durch optimal auf diesen zugeschnittene Prozesse wesentlich effizienter verwalten. Zudem erhöht sich damit die Redundanz der Administration gegenüber Systemausfällen, beispielsweise nach Katastrophen.
Beide Punkte erfordern eine wesentlich stärkere horizontale Vernetzung von Verwaltungsfunktionen (Behörden, Ämter, Fachabteilungen, etc.) und -prozessen (z.B. Genehmigungen, Zulassungen, Förderungen, Anmeldungen, Kündigungen, etc.).